

## **Europapolitische Position der Solidaritätsjugend Deutschlands**

Die Solidaritätsjugend Deutschlands ist die bundesweit organisierte, eigenständige Jugendorganisation des Rad- und Kraftfahrerbandes „Solidarität“ Deutschland 1896 e.V. Sie schafft im Rahmen der ehrenamtlichen Jugendverbandsarbeit non-formale Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt im internationalen Austausch und stellt damit eine kulturübergreifende Bildung in den Fokus. Als parteipolitisch ungebundene und nicht-kirchliche Organisation fördern wir ein jugendpolitisches und kulturelles Engagement von Kindern und Jugendlichen, das deren Lebenswirklichkeit widerspiegelt. Die Solidaritätsjugend Deutschlands steht für eine sozial gerechte, demokratische und nachhaltige Weltanschauung.

### Die Zukunft Europas

Seit mehr als 60 Jahren leben wir in einem befriedeten Europa, das uns viel zu selbstverständlich erscheint, dessen Bestand aber zunehmend gefährdet wird. Längst steht nicht mehr nur die Frage im Raum, wie die Europäische Union weiterentwickelt werden kann, sondern auch eine partielle Rückabwicklung ist denkbar geworden. Selbstverständlich Geglauhtes, wie der Euro als Zahlungsmittel oder das Schengener Abkommen, das im wahrsten Sinne des Wortes grenzenloses Reisen ermöglicht, wird immer öfter in Frage gestellt.

Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Ergebnis einer einseitigen Politik, die zwar auf freien Handel und freie Kapitalflüsse setzt, die es aber versäumt hat, diese angemessen zu regulieren oder sich frühzeitig über Verschuldungsprobleme Gedanken zu machen. Diese einseitig betriebene Politik und die daraus resultierende in einigen EU-Ländern mittlerweile massive (Jugend)Arbeitslosigkeit, führt zu Vertrauensverlusten der europäischen BürgerInnen in ihre nationalen und in die europäischen Institutionen. Deshalb und auch weil die zentralen politischen Akteure sich vor Wahlen häufig nur auf Brandbekämpfung beschränken, haben Befürworter einer Renationalisierung es leichter als zuvor.

Wir, die Solidaritätsjugend Deutschlands, erachten einen Rückfall in eine nationalistische Kleinstaaterei im Kontext der Globalisierung und des demographischen Wandels weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich als sinnvoll. In einem weltweiten Wirtschaftssystem wird Europa nur als Einheit stark agieren können, um nicht in der politischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Globale Probleme wie der Klimawandel, das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, die steigenden Ernäh-

rungs- und Energiepreise, die Regulierung des Finanzsektors oder die Friedenssicherung müssen in einem supranationalen Kontext verhandelt werden, denn nur durch gemeinsames aktives Handeln können sie gelöst werden. Dies erfordert jedoch politische Akteure, die einen weiteren Kompetenz- bzw. Souveränitätstransfer zulassen und positiv bewerten.

Als junge europäische BürgerInnen sind wir davon überzeugt, dass nur ein weiterer Integrationsprozess zu einem friedlichen und demokratischen Europa und damit zu einer gesicherten Zukunft für uns und unsere Kinder beitragen wird.

Deshalb fordern wir die Errungenschaften des Europäischen Einigungsprozesses anzuerkennen und auszubauen:

- Die Einführung einer gemeinsamen Währung ist einer der Grundpfeiler des europäischen Lebens- und Wirtschaftsraumes. Den Austritt einzelner Mitgliedsstaaten aus der Eurozone lehnen wir entschieden ab.
- Die Freizügigkeit in Europa ist ein hohes Gut und darf nicht durch kurzfristige und kurzsichtige Maßnahmen einzelner Nationalstaaten eingeschränkt werden. Es gilt, die Schengener Abkommen weiter auszubauen. Dadurch entstehende Kosten und Probleme sind von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam zu tragen. Eine Drittstaatenregelung bei politisch verfolgten AsylbewerberInnen ist weder im nationalen noch im europäischen Kontext akzeptabel.
- Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt bedeutet auch gemeinsame soziale Verantwortung. Die soziale Sicherung ist im europäischen Kontext zu gewährleisten. Eine Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist erstrebenswert. Neue Ideen wie beispielsweise das Mindestlohnkonzept oder eine Mindestarbeitslosenversicherung sind europäisch zu denken und zu realisieren.

Europäisch denken heißt für uns solidarisch und zukunftsgerichtet zu denken:

- Knapp sechs Millionen arbeitslose junge EuropäerInnen unter 25 Jahren sind zu viel! Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist virulent und es ist keine positive Entwicklung abzusehen. Hier gilt es, gemeinsam langfristige Konzepte zu entwickeln und sich solidarisch gegenüber den stärker betroffenen Mitgliedsländern zu verhalten. Nachhaltige Investitionen sind zu tätigen sowie Arbeitgeber, Industrie und Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, damit sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Kreative Ideen junger Menschen sind unter diesem Aspekt ebenfalls zu fördern.
- Die momentane Krise ist auch Ausdruck einer fehlenden finanziellen Solidargemeinschaft. Ein funktionierender Fiskalföderalismus innerhalb des EU-Staatenverbunds würde die geringen Finanztransfers zwischen den Mitgliedstaaten steigern, mehr soziale Gerechtigkeit unter

den Mitgliedsländern der EU herstellen und zur Wahrung des (sozialen) Friedens auf unserem Kontinent beitragen. Über Schuldenschnitte zur Lösung der Wirtschafts- bzw. Finanzkrise ist nachzudenken.

- Die Mobilität der jungen Menschen ist konsequent, gezielt und sozial gerecht zu unterstützen. Zu fokussieren sind besonders Jugendliche mit niedrigerem Bildungskapital und niedriger Bildungsherkunft. Der europäische öffentliche Personenschienenfernverkehr stellt dabei in der Praxis ein zentrales Element dar, um dies auf nachhaltigem Wege zu garantieren.<sup>1</sup>

- Die Förderung von Jugendverbandsarbeit und außerschulischer Bildung sowohl im europäischen als auch im internationalen Kontext muss gewährleistet und weiter ausgebaut werden. Der Jugendaustausch über EU-Programme wie "Jugend in Aktion" leistet einen hohen Beitrag zur europäischen Verständigung und der Entwicklung einer kollektiven europäischen Identität über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Dies gilt auch für kultur- und kontinentübergreifende Maßnahmen mit Jugendlichen aus Europa und seinen Anrainerstaaten.

- Europa muss als sozialer und kultureller Raum der hier lebenden BürgerInnen begriffen werden. In diesem Raum haben viele regionale Identitäten, Sprachen und kulturelle Gegebenheiten ihren Platz. Diese gilt es zu schützen - es soll kein europäischer Einheitsstaat entstehen.

Die momentane Europäische Union leidet an schweren strukturellen bzw. institutionellen Konstruktionsfehlern, die es zu beheben gilt, um die Akzeptanz bei den BürgerInnen wieder zu erlangen:

- Die EU wurde als reine Wirtschaftsunion gegründet und bisher auch so gelebt. Dies ist zu ändern und in einen föderalen Staatenverbund zu überführen, der für eine gemeinsame, subsidiäre und soziale Politik steht.

- Ein stetiger Bürokratieabbau sollte dabei stattfinden. Redundanzen in der nationalstaatlichen Ebene sind abzubauen bzw. Synergien sinnvoll zu nutzen. Eine Vereinfachung der Formalitäten bei Antragsprozessen ist anzustreben, wobei die Transparenz bei allen politischen und administrativen Vorgängen gewährleistet werden muss.

- Um den Europäischen BürgerInnen die Möglichkeit der Partizipation an ihrem Europa zu garantieren, ist es geboten auf dieser Ebene Bürgerentscheide zuzulassen, Bürgerinitiativen zu fördern und das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre zu senken.

- Die mangelnde Gewaltenteilung in den europäischen Institutionen ist undemokratisch und die Dominanz der Europäischen Kommission unbefriedigend. Das Europäische Parlament ist als demokratisch gewählte Vertretung mit den dementsprechenden Kompetenzen auszustatten.

- Ein europäischer Konvent ist mittelfristig einzuberufen, um die beschriebenen Probleme im Dialog aller Mitgliedsstaaten zu lösen und den Prozess der weiteren Integration voranzutreiben.

<sup>1</sup> siehe Positionspapier "ÖPNV" der Solidaritätsjugend Deutschlands, September 2012

**Wir, die Solidaritätsjugend Deutschlands glauben fest an die Europäische Idee und werden mit unserer Arbeit weiterhin unseren Teil zu ihrer Realisierung beitragen:**

'So let us, the citizens of the European Union who want to make a real Union together, move out of the dark into the light and achieve something indeed worthy of Friedrich Schiller's poem originally called "Ode to Freedom".'<sup>2</sup>

# Positionspapier

---

<sup>2</sup> Irelands President Michael D. Higgins 'Towards a European Union of the Citizens' European Parliament, Strasbourg, Wednesday, 17th April 2013